

Ressort: Politik

Linke kritisiert Gabriels Aussagen zu Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Berlin, 16.04.2014, 19:48 Uhr

GDN - Die Aussage von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), dass die Bundesregierung keine Angst vor möglichen härteren Strafmaßnahmen gegen Russland habe, stößt auf scharfe Kritik bei der Linken. Die Bundestagsfraktion glaubt vor allem Gabriels Einschätzung vom Dienstag nicht, dass schärfere EU-Sanktionen keine "unmittelbaren" Auswirkungen auf das deutsche Wirtschaftswachstum haben werden, berichtet "Handelsblatt-Online".

In der "schöngefärbten" Wirtschaftsprognose des Ministers seien die Risiken durch die Krise in der Ukraine überhaupt nicht berücksichtigt. "Deutschland hätte die Hauptlast jeder ökonomischen Eskalation zu tragen", sagte Linksfraktionsvize Klaus Ernst "Handelsblatt-Online". Es sei daher "vollkommen fahrlässig" von Gabriel, verbal mit der Option härterer Sanktionen zu spielen. "Er sollte der deutschen Öffentlichkeit viel mehr einen realistischen Kostenvoranschlag für etwaige Wirtschaftssanktionen gegen Russland geben: Was kostet uns welche Sanktion an Umsätzen und Jobs, das ist doch die Frage, die sich viele zu Recht stellen." "Wirtschaftssanktionen nützen nichts und schaden viel", sagte auch die Vize-Vorsitzende der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht, im Gespräch mit "Handelsblatt-Online". "Letztlich kann die europäische Wirtschaft, vor allem die deutsche, bei einem Wirtschaftskrieg gegen Russland nur verlieren, im Gegensatz zur US-amerikanischen, deren Interessenlage tatsächlich anders aussieht." Aber Sanktionen würden auch den Menschen in der Ukraine nichts bringen, ganz gleich zu welchem Bevölkerungsteil sie gehören, ist Wagenknecht überzeugt. Nötig sei vielmehr eine Russlandpolitik, die auf Gespräche und Diplomatie und nicht auf eine weitere Eskalation und Drohgebärden setze. "Die russische Politik kann kein Interesse daran haben, dass die Lage in der Ost-Ukraine immer instabiler wird", meint die Linke-Politikerin. Zugleich wies Wagenknecht die Behauptung zurück, dass die Unruhen von Russland aus geschürt worden seien. Dafür gebe es keine Belege. Und sie fügt mit Blick auf Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hinzu: "Dass eine Außenpolitik, die sich von unbewiesenen Behauptungen leiten lässt, am Ende katastrophale Folgen haben kann, ist vom Irak bis Afghanistan hinlänglich bewiesen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-33244/linke-kritisiert-gabriels-aussagen-zu-wirtschaftssanktionen-gegen-russland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619